- 2.14.2 In begründeten Verdachtsfällen von sexuellem Missbrauch an einer Schülerin oder an einem Schüler durch eine Lehrkraft innerhalb oder außerhalb der Schule ist die zuständige Schulbehörde umgehend zu informieren.⁴⁰⁾
- 2.14.3 In Fällen von Kindeswohlgefährdung ist das zuständige Jugendamt einzuschalten.
- 2.15 Dienstsiegel; Aushänge in der Schule**
- 2.15.1 Die Schulleiterin oder der Schulleiter ist für das Führen des Dienstsiegels verantwortlich. Der Verlust des Dienstsiegels ist unverzüglich der Schulbehörde mitzuteilen.
- 2.15.2 Die Schulleiterin oder der Schulleiter erteilt die Zustimmung zu Aushängen und Bekanntmachungen innerhalb der Schulanlage im Rahmen der geltenden Bestimmungen.⁴¹⁾
- 2.16 Übertragung von Aufgaben**
- 2.16.1 Die Schulleiterin oder der Schulleiter definiert bei der dauerhaften und der punktuellen Übertragung von Aufgaben die Verantwortlichkeit. Eine Aufgabenübertragung auf eine Lehrkraft, die keine Funktionsträgerin oder kein Funktionsträger ist, ist nur mit deren Einverständnis möglich.
- 2.16.2 Die Schulleiterin oder der Schulleiter soll das Unterschreiben von Abschluss- und Abgangszeugnissen nicht zur ständigen Bearbeitung übertragen.⁴²⁾
- 2.16.3 Nicht zur ständigen Bearbeitung zu übertragen sind:
- Gesamtverantwortliche Leitung der Schule,
  - Aufgaben als Vorgesetzte oder Vorgesetzter;
  - Vereinbarungen mit außerschulischen Partnern mit Bedeutung für die Schule als Ganzes,
  - Letztverantwortung für die Qualitätsentwicklung und Abschluss von Zielvereinbarungen mit der Schulbehörde,

⁴⁰⁾ Siehe auch die Handlungsempfehlungen der Kultusministerkonferenz zur Vorbeugung und Aufarbeitung von sexuellen Missbrauchsfällen und Gewalthandlungen in Schulen und schulnahen Einrichtungen vom 20. April 2010, i.d.F. vom 7. Februar 2013.

⁴¹⁾ Ausgenommen sind Bekanntmachungen der Personalvertretung (§ 43 Abs. 3 des Landespersonalvertretungsgesetzes) sowie im Rahmen der Koalitionsfreiheit gem. Artikel 9 Abs. 3 des Grundgesetzes Aushänge der unter Artikel 9 Abs. 3 des Grundgesetzes fallenden Gewerkschaften. Diese sind z. B. (in alphabetischer Reihenfolge) BvLB, DPhV, GEW, VBE, VDR, vlbs, VLW und VRB oder vergleichbare Interessenvertretungen.

⁴²⁾ Eine Übertragung ist nur auf die Vertreterin oder den Vertreter möglich. Siehe hierzu auch § 38 Abs. 5 der Schulordnung für die öffentlichen berufsbildenden Schulen vom 9. Mai 1990 (Amtsbl. S. 325), zuletzt geändert am 10. August 2011 (Amtsbl. S. 256) und § 63 Abs. 2 der Übergreifenden Schulordnung vom 12. Juni 2009 (Amtsbl. S. 218), zuletzt geändert am 29. Juni 2013 (Amtsbl. S. 151) sowie § 26 i. V. m. § 5 der Abiturprüfungsordnung vom 21. Juli 2010 (Amtsbl. S. 238), zuletzt geändert am 16. November 2016 (GAmtsbl. S. 162).

- Aufstellung eines Geschäftsverteilungsplans,
- Leitung von Dienstbesprechungen des Gesamtkollegiums und Gesamtkonferenzen,
- Verwaltung der Personalnebenakten und Teilakten,
- Letztverantwortung für Personaleinsatz und Unterrichtsverteilung,
- Führen des Dienstsiegels.

3 Inkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

223111 Richtlinie zur Förderung von Investitionen in die digitale Infrastruktur an Schulen in Rheinland-Pfalz (Umsetzung DigitalPakt Schule 2019 bis 2024)

Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Bildung vom 5. Juli 2019 (B3/9323)

Im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen und dem Ministerium des Innern und für Sport wird Folgendes bestimmt:

1 Rechtsgrundlage, Zwecksetzung

1.1 Das Land Rheinland-Pfalz gewährt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel auf der Grundlage der §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung (LHO) vom 20. Dezember 1971 (GVBl. 1972 S. 2, BS 63-1) und der Verwaltungsvorschrift zum Vollzug der Landeshaushaltsordnung (VV-LHO) vom 20. Dezember 2002 (MinBl. 2003 S. 22, 324; 2017, S. 340) sowie nach der Verwaltungsvereinbarung DigitalPakt Schule 2019 bis 2024 vom 16. Mai 2019 (BANz AT 14.06.2019 B2) in ihrer jeweils geltenden Fassung finanzielle Hilfen nach Maßgabe dieser Verwaltungsvorschrift.

1.2 Zwecksetzung ist die Errichtung und Verbesserung digitaler technischer Infrastrukturen sowie Lehr-Lern-Infrastrukturen an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen.

1.3 Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Zuwendungen besteht nicht. Die benannte Stelle entscheidet bei der Bewilligung nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

2 Gegenstand der Förderung

2.1 Gefördert werden Maßnahmen in Schulgebäuden und auf Schulgeländen in den Bereichen

- a) Aufbau, Erweiterung oder Verbesserung der digitalen Vernetzung, einschließlich Schulserver,
- b) Herstellung eines drahtlosen Netzzugangs,

- c) Anzeige- und Interaktionsgeräte, insbesondere Beamer, Displays und deren interaktive Varianten, einschließlich entsprechender Steuerungsgeräte,
- d) digitale Arbeitsgeräte, insbesondere für die technisch-naturwissenschaftliche Bildung oder die berufsbezogene Ausbildung,
- e) schulgebundene Laptops, Notebooks und Tablets, jeweils einschließlich Planung, Aufbau und Inbetriebnahme, bestehend aus Integration, Umsetzung und Installation.
- 2.2 Investive Begleitmaßnahmen werden dann gefördert, wenn ein unmittelbarer und notwendiger Zusammenhang mit einer Maßnahme nach Nummer 2.1 besteht. Dazu zählen insbesondere auch der Erwerb von Lizenzen für zum Betrieb, zur Nutzung und zur Wartung der Geräte und Netze erforderliche Software; projektvorbereitende und -begleitende Beratungsleistungen externer Dienstleister sind ebenfalls förderfähig, wenn sie einer möglichst wirtschaftlichen Projektumsetzung dienen.
- 2.3 Nicht gefördert werden insbesondere
- Smartphones,
  - überwiegend für Verwaltungsaufgaben genutzte Geräte und Netze,
  - Personal- und Sachkosten des Zuwendungsempfängers,
  - Betrieb, Wartung und IT-Support.
- 3 **Zuwendungsempfänger**
- Zuwendungen können gewährt werden an
- das Land und kommunale Gebietskörperschaften als Träger von Schulen gemäß § 22 des Schulgesetzes (SchulG),
  - Träger von Ersatzschulen gemäß § 5 des Privatschulgesetzes (PrivSchG),
  - Träger von Schulen gemäß § 9 des Pflegeberufgesetzes (PflBG).
- 4 **Zuwendungsvoraussetzungen**
- 4.1 Es werden nur Maßnahmen gefördert, mit denen nicht vor dem 17. Mai 2019 begonnen worden ist und bei denen eine vollständige Abnahme bis zum 31. Dezember 2024 gesichert erscheint. Der vorzeitige förderunschädliche Maßnahmebeginn wird ab dem 17. Mai 2019 zugelassen. Der Maßnahmebeginn erfolgt auf eigenes Risiko, aus der Zulassung des vorzeitigen Maßnahmebeginns ergibt sich kein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Zuwendungen.
- 4.2 Eine Zuwendung wird nur gewährt, wenn der Antragsteller Eigentümer oder Erbbauberechtigter des betroffenen Grundstücks oder vertraglich zur Vornahme der Investition berechtigt ist.
- 5 **Art, Umfang und Höhe der Zuwendung**
- 5.1 Die Zuwendungen werden als Projektförderung im Wege einer Anteilsfinanzierung gewährt und erfolgen als nicht rückzahlbare Zuschüsse zu den zuwendungsfähigen Ausgaben.
- 5.2 Die für Schulträger zur Verfügung stehenden Mittel errechnen sich aus einem einmaligen Sockelbetrag von 15.000 Euro pro Schule sowie aus einem Betrag, der anhand der Schülerzahl der amtlichen Statistik des Schuljahres 2018/2019 ermittelt wird. Über den Sockelbetrag hinaus stehen pro Schüler 408,93 Euro zur Verfügung. Schulträger können die Mittel bedarfsgerecht für ihre Schulen einsetzen.
- 5.3 Der zulässige Förderhöchstsatz beträgt regelmäßig 90 v. H. der förderfähigen Kosten.
- 6 **Budgetverfahren**
- 6.1 Die zur Verfügung stehenden Programmmittel werden auf die Zuwendungsempfänger gemäß der Übersicht in der Anlage aufgeteilt (Schulträgerbudget).
- 6.2 Für Bewilligungen aus dem Schulträgerbudget bis zur Höhe des jeweiligen Budgetbetrages sollen Anträge bis zum 16. Mai 2022 vollständig bei der benannten Stelle eingereicht werden. Nach der Verwaltungsvereinbarung DigitalPakt Schule 2019 bis 2024 soll bis zum 16. November 2021 mindestens die Hälfte des Volumens der Finanzhilfen durch Bewilligungen gebunden sein.
- 6.3 Ab dem 17. Mai 2022 entfällt die Bindung an die Budgets nach Nummer 6.1. Über die Verteilung von dann noch verfügbaren Programmmitteln wird im Benehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden entschieden.
- 7 **Verfahren**
- 7.1 Zur Abwicklung der Fördermaßnahme, einschließlich der Beratung, hat das Ministerium für Bildung folgende Stelle benannt:
- Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB)
Anstalt des öffentlichen Rechts
Holzhofstraße 4
55116 Mainz
- Alle Fragen im Zusammenhang mit dieser Verwaltungsvorschrift, der Konkretisierung ihrer Bestimmungen und der Abwicklung der Förderung sind ausschließlich an die vorgenannte Stelle zu richten. Soweit sich hierzu Änderungen ergeben, wird dies in geeigneter Weise bekannt gegeben.
- 7.2 Die Beantragung wird (teil-)elektronisch durchgeführt. Zur Erstellung von förmlichen Förderanträgen ist das dafür vorgesehene elektronische Antragssystem zu nutzen.
- Der Antrag enthält insbesondere
- eine Bestandsaufnahme der bestehenden Ausstattungsniveaus im Hinblick auf die in Nummer 2.1

- genannten Fördergegenstände sowie Angaben zur aktuell am Schulstandort bestehenden und maximal verfügbaren Bandbreite des Internetanschlusses für jede in den Antrag einbezogene Schule,
- b) Angaben zu Beginn und Ende der Maßnahme,
- c) Angaben zu den geschätzten Gesamtausgaben der Maßnahme,
- d) den Kosten- und Finanzierungsplan (aufgegliederte Berechnung der mit dem Verwendungszweck zusammenhängenden Ausgaben mit einer Übersicht über die beabsichtigte Finanzierung) für jede in den Antrag einbezogene Schule auf der Grundlage eines Medienentwicklungsplans,
- e) die Bestätigung über ein auf die Ziele der Investitionsmaßnahme abgestimmtes Konzept des Antragstellers über die Sicherstellung von Betrieb, Wartung und IT-Support,
- f) für jede in den Antrag einbezogene Schule ein Medienkonzept, bestehend aus einem Medienbildungskonzept, einem Ausstattungs- und Nutzungskonzept sowie einer bedarfsgerechten Fortbildungsplanung,
- g) eine Erklärung des Antragstellers, dass die zu erstellenden digitalen Netze und die zu beschaffenden digitalen Geräte technologieoffen, erweiterungs- und anschlussfähig an regionale, landesweite und länderübergreifende Systeme sind.
- 7.3 Den Anträgen von Schulträgern aus kommunalen Gebietskörperschaften gemäß Nummer 3 Buchst. a ist eine Übersicht über die Haushalts- und Finanzlage nach Teil II Anlage 1 zu § 44 VV-LHO sowie eine Berechnung der Folgekosten oder gegebenenfalls eine Wirtschaftlichkeitsberechnung beizufügen. Die benannte Stelle nach Nummer 7.1 leitet diese Unterlagen an die Kommunalaufsichtsbehörde zur Kenntnis weiter.
- 7.4 Zuweisungen für Investitionen dürfen nach § 18 Abs. 2 Nr. 3 Halbsatz 1 des Landesfinanzausgleichsgesetzes in Verbindung mit Teil II Nr. 3.5.1 zu § 44 VV-LHO grundsätzlich nur gewährt werden, sofern die kommunale Gebietskörperschaft in der Lage ist, den Eigenanteil an den Investitionskosten sowie die Folgekosten der Investition ohne Gefahr für ihre dauernde Leistungsfähigkeit aufzubringen. Von diesen Voraussetzungen kann bei Fördermaßnahmen im Rahmen der Umsetzung des Digitalpakts Schule 2019 bis 2024 ausnahmsweise abgesehen werden, weil es sich um eine Investition handelt, deren zeitlich befristete Förderung auf einem Bundesgesetz im Sinne des Artikels 104 c Satz 2 in Verbindung mit Artikel 104 b Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes beruht. Eine Prüfung der Aufsichtsbehörde nach Teil II Nr. 3.5.1 zu § 44 VV-LHO, ob der Antragsteller den im Finanzierungsplan vorgesehenen Eigenanteil sowie die Folgekosten des Vorhabens ohne Gefahr für seine dauernde Leistungsfähigkeit tragen kann (kommunalaufsichtliche Stellungnahme), ist deshalb entbehrlich.
- 7.5 Die Weiterleitung der gewährten Zuwendungen an Dritte ist ausgeschlossen.
- 7.6 Eine Kumulierung der Förderung nach dieser Verwaltungsvorschrift mit anderen landes-, bundes- oder unionsfinanzierten Zuwendungen ist ausgeschlossen. Unbenommen hiervon ist die Bildung von selbstständigen Projektabschnitten (Bauabschnitte).
- 7.7 Der Mittelabruf erfolgt grundsätzlich mit Vorlage des Verwendungsnachweises oder eines Zwischennachweises (Erstattungsprinzip). Auszahlungen für Teilmaßnahmen nach Nummer 2.1 Buchst. e erfolgen dann, wenn die hierfür jeweils erforderliche Netzinfrastruktur im Sinne der Nummer 2.1 Buchst. a und b vorhanden beziehungsweise erstellt worden ist. Die Gesamtkosten für mobile Endgeräte nach Maßgabe der Nummer 2.1 Buchst. e dürfen am Ende der Laufzeit des Digitalpakts Schule bei allgemeinbildenden Schulen entweder 20 v. H. des Gesamtinvestitionsvolumens pro Schulträger oder 25.000 Euro je einzelner Schule oder beides nicht überschreiten.
- 7.8 Der Verwendungsnachweis besteht aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis ohne Vorlage von Belegen, in dem Ausgaben entsprechend der Gliederung des Finanzierungsplans summarisch zusammenzustellen sind. Mit dem Verwendungsnachweis ist die Einhaltung aller für das Vorhaben einschlägigen Vergabebestimmungen durch den Verwendungsempfänger zu erklären.
- 7.9 Die Verwendungsempfänger haben auf die Förderung aus dem DigitalPakt Schule 2019 bis 2024 in geeigneter Form hinzuweisen.
- 7.10 Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten § 44 LHO und die hierzu erlassenen Allgemeinen Verwaltungsvorschriften, soweit nicht in dieser Verwaltungsvorschrift Abweichungen von den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zugelassen worden sind. Der Landesrechnungshof ist gemäß § 90, § 91 und § 100 LHO zur Prüfung berechtigt. Auch die benannte Stelle ist zur Überprüfung des programmgemäßen Einsatzes der Mittel berechtigt; dies schließt neben der Überprüfung der Berechnungsunterlagen auch eine Vor-Ort-Prüfung der geförderten Maßnahmen ein.
- 8 **Unwirksamkeit, Rücknahme oder Widerruf des Zuwendungsbescheides, Erstattung der Zuwendung und Verzinsung**
- Teil II Nr. 8 zu § 44 VV-LHO findet Anwendung. Die Bindungsfrist beträgt fünf Jahre.
- 9 **Inkrafttreten**
- Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

Anlage (zu Nummer 6.1)

Lfd.Nr.	Schulträger	Bundesmittel	Eigenanteil	Budget
öffentliche Schulträger				
1	Bezirksverband Pfalz	483.988,66 €	53.776,52 €	537.765,18 €
2	Gemeindeverwaltung Altrip	94.836,92 €	10.537,44 €	105.374,36 €
3	Gemeindeverwaltung Bassenheim	43.679,31 €	4.853,26 €	48.532,57 €
4	Gemeindeverwaltung Bellheim	111.766,78 €	12.418,53 €	124.185,31 €
5	Gemeindeverwaltung Berg	22.701,01 €	2.522,33 €	25.223,34 €
6	Gemeindeverwaltung Birkenheide	59.505,05 €	6.611,67 €	66.116,72 €
7	Gemeindeverwaltung Birken-Honigsessen	49.567,96 €	5.507,55 €	55.075,51 €
8	Gemeindeverwaltung Bobenheim-Roxheim	150.661,57 €	16.740,17 €	167.401,74 €
9	Gemeindeverwaltung Böhlgelheim	146.613,12 €	16.290,35 €	162.903,47 €
10	Gemeindeverwaltung Breitscheid	32.638,10 €	3.626,46 €	36.264,56 €
11	Gemeindeverwaltung Brey	26.013,37 €	2.890,37 €	28.903,75 €
12	Gemeindeverwaltung Büchel	32.270,06 €	3.585,66 €	35.855,62 €
13	Gemeindeverwaltung Budenheim	234.324,23 €	26.036,03 €	260.360,25 €
14	Gemeindeverwaltung Erpel	44.415,39 €	4.935,04 €	49.350,44 €
15	Gemeindeverwaltung Ettringen	41.839,11 €	4.648,79 €	46.487,90 €
16	Gemeindeverwaltung Friesenhagen	29.325,74 €	3.258,42 €	32.584,15 €
17	Gemeindeverwaltung Fürfeld	38.158,71 €	4.239,86 €	42.398,56 €
18	Gemeindeverwaltung Fussgönheim	42.575,19 €	4.730,58 €	47.305,77 €
19	Gemeindeverwaltung Gimbsheim	49.936,00 €	5.548,44 €	55.484,44 €
20	Gemeindeverwaltung Grafschaft	171.890,42 €	19.098,94 €	190.989,35 €
21	Gemeindeverwaltung Greimerath	22.701,01 €	2.522,33 €	25.223,34 €
22	Gemeindeverwaltung Hackenheim	38.894,79 €	4.321,64 €	43.216,43 €
23	Gemeindeverwaltung Hanhofen	49.199,92 €	5.466,66 €	54.666,57 €
24	Gemeindeverwaltung Hargesheim	58.032,89 €	6.448,10 €	64.480,98 €
25	Gemeindeverwaltung Harthausen	55.456,60 €	6.161,84 €	61.618,45 €
26	Gemeindeverwaltung Hassloch	268.066,45 €	29.785,16 €	297.851,61 €
27	Gemeindeverwaltung Hillscheid	43.311,27 €	4.812,36 €	48.123,63 €
28	Gemeindeverwaltung Hinterweidenthal	30.061,82 €	3.340,20 €	33.402,02 €
29	Gemeindeverwaltung Insheim	38.526,75 €	4.280,75 €	42.807,50 €
30	Gemeindeverwaltung Irsch	33.374,18 €	3.708,24 €	37.082,42 €
31	Gemeindeverwaltung Kaltenengers	38.526,75 €	4.280,75 €	42.807,50 €
32	Gemeindeverwaltung Katzwinkel	39.630,87 €	4.403,43 €	44.034,30 €
33	Gemeindeverwaltung Kehrig	30.061,82 €	3.340,20 €	33.402,02 €
34	Gemeindeverwaltung Kenn	39.998,91 €	4.444,32 €	44.443,23 €
35	Gemeindeverwaltung Kettig	46.255,59 €	5.139,51 €	51.395,10 €
36	Gemeindeverwaltung Kirchwald	24.541,21 €	2.726,80 €	27.268,01 €
37	Gemeindeverwaltung Klingenstein	43.311,27 €	4.812,36 €	48.123,63 €
38	Gemeindeverwaltung Kottenheim	42.943,23 €	4.771,47 €	47.714,70 €
39	Gemeindeverwaltung Leubsdorf	34.478,30 €	3.830,92 €	38.309,22 €
40	Gemeindeverwaltung Limburgerhof	171.639,87 €	19.071,10 €	190.710,97 €
41	Gemeindeverwaltung Malborn	26.013,37 €	2.890,37 €	28.903,75 €
42	Gemeindeverwaltung Maxdorf	115.079,15 €	12.786,57 €	127.865,72 €
43	Gemeindeverwaltung Meisbach	35.950,46 €	3.994,50 €	39.944,96 €
44	Gemeindeverwaltung Morbach	177.042,98 €	19.671,44 €	196.714,42 €
45	Gemeindeverwaltung Mörsdorf	18.652,57 €	2.072,51 €	20.725,07 €
46	Gemeindeverwaltung Mutterstadt	180.472,84 €	20.052,54 €	200.525,38 €
47	Gemeindeverwaltung Neuhofen	95.941,05 €	10.660,12 €	106.601,16 €
48	Gemeindeverwaltung Niederfell	22.332,97 €	2.481,44 €	24.814,41 €
49	Gemeindeverwaltung Niederwerth	30.061,82 €	3.340,20 €	33.402,02 €
50	Gemeindeverwaltung Norken	24.909,25 €	2.767,69 €	27.676,95 €
51	Gemeindeverwaltung Obrigheim (Pfalz)	43.311,27 €	4.812,36 €	48.123,63 €
52	Gemeindeverwaltung Orenhofen	30.797,90 €	3.421,99 €	34.219,89 €
53	Gemeindeverwaltung Otterstadt	67.601,94 €	7.511,33 €	75.113,26 €
54	Gemeindeverwaltung Rheinbreitbach	79.747,27 €	8.860,81 €	88.608,08 €
55	Gemeindeverwaltung Rödersheim-Gronau	55.456,60 €	6.161,84 €	61.618,45 €
56	Gemeindeverwaltung Römerberg	168.578,05 €	18.730,89 €	187.308,95 €
57	Gemeindeverwaltung Roxheim	51.408,16 €	5.712,02 €	57.120,18 €
58	Gemeindeverwaltung Sankt Johann	30.429,86 €	3.381,10 €	33.810,95 €
59	Gemeindeverwaltung Sankt Katharinen	50.672,08 €	5.630,23 €	56.302,31 €
60	Gemeindeverwaltung Sankt Sebastian	48.831,88 €	5.425,76 €	54.257,64 €
61	Gemeindeverwaltung Scheuerfeld	42.575,19 €	4.730,58 €	47.305,77 €
62	Gemeindeverwaltung Serrig	38.158,71 €	4.239,86 €	42.398,56 €
63	Gemeindeverwaltung Spay	38.158,71 €	4.239,86 €	42.398,56 €
64	Gemeindeverwaltung Steinweiler	43.679,31 €	4.853,26 €	48.532,57 €
65	Gemeindeverwaltung Urbar	57.296,81 €	6.366,31 €	63.663,12 €
66	Gemeindeverwaltung Urmitz	50.672,08 €	5.630,23 €	56.302,31 €
67	Gemeindeverwaltung Vettelschoss	59.873,09 €	6.652,57 €	66.525,65 €
68	Gemeindeverwaltung Waldesch	42.943,23 €	4.771,47 €	47.714,70 €
69	Gemeindeverwaltung Waldsee	94.468,88 €	10.496,54 €	104.965,43 €
70	Gemeindeverwaltung Wassenach	30.061,82 €	3.340,20 €	33.402,02 €
71	Gemeindeverwaltung Weinsheim	32.638,10 €	3.626,46 €	36.264,56 €
72	Gemeindeverwaltung Weisenheim am Sand	65.761,73 €	7.306,86 €	73.068,59 €
73	Gemeindeverwaltung Weitefeld	37.422,62 €	4.158,07 €	41.580,69 €
74	Gemeindeverwaltung Weitersburg	52.144,24 €	5.793,80 €	57.938,04 €

Lfd.Nr.	Schulträger	Bundesmittel	Eigenanteil	Budget
75	Gemeindeverwaltung Zeiskam	46.623,63 €	5.180,40 €	51.804,04 €
76	Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH	130.920,44 €	14.546,72 €	145.467,16 €
77	Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein gGmbH	66.865,86 €	7.429,54 €	74.295,39 €
78	Klinikum Worms gGmbH	103.552,40 €	11.505,82 €	115.058,22 €
79	Kreiskrankenhaus St. Franziskus Saarburg GmbH	34.846,34 €	3.871,82 €	38.718,16 €
80	Kreisverwaltung Ahrweiler	3.092.705,56 €	343.633,95 €	3.436.339,51 €
81	Kreisverwaltung Altenkirchen (Ww.)	4.485.518,98 €	498.391,00 €	4.983.909,98 €
82	Kreisverwaltung Alzey-Worms	2.969.043,99 €	329.893,78 €	3.298.937,77 €
83	Kreisverwaltung Bad Dürkheim	3.145.836,43 €	349.537,38 €	3.495.373,81 €
84	Kreisverwaltung Bad Kreuznach	4.748.565,91 €	527.618,43 €	5.276.184,35 €
85	Kreisverwaltung Berncastel-Wittlich	3.741.341,33 €	415.704,59 €	4.157.045,92 €
86	Kreisverwaltung Birkenfeld	2.365.575,26 €	262.841,70 €	2.628.416,96 €
87	Kreisverwaltung Cochem-Zell	1.687.511,83 €	187.501,31 €	1.875.013,14 €
88	Kreisverwaltung des Eifelkreises Bitburg-Prüm	2.710.311,61 €	301.145,73 €	3.011.457,34 €
89	Kreisverwaltung Donnersbergkreis	2.441.023,54 €	271.224,84 €	2.712.248,38 €
90	Kreisverwaltung Germersheim	3.633.121,90 €	403.680,21 €	4.036.802,11 €
91	Kreisverwaltung Kaiserslautern	954.845,36 €	106.093,93 €	1.060.939,29 €
92	Kreisverwaltung Kusel	1.516.005,01 €	168.445,00 €	1.684.450,01 €
93	Kreisverwaltung Mainz-Bingen	6.000.388,75 €	666.709,86 €	6.667.098,61 €
94	Kreisverwaltung Mayen-Koblenz	5.219.407,06 €	579.934,12 €	5.799.341,18 €
95	Kreisverwaltung Neuwied	6.377.410,71 €	708.601,19 €	7.086.011,90 €
96	Kreisverwaltung Rhein-Hunsrück-Kreis	3.706.126,94 €	411.791,88 €	4.117.918,83 €
97	Kreisverwaltung Rhein-Lahn-Kreis	3.085.477,81 €	342.830,87 €	3.428.308,67 €
98	Kreisverwaltung Rhein-Pfalz-Kreis	2.242.031,19 €	249.114,58 €	2.491.145,76 €
99	Kreisverwaltung Südliche Weinstraße	2.825.625,74 €	313.958,42 €	3.139.584,15 €
100	Kreisverwaltung Südwestpfalz	2.023.900,73 €	224.877,86 €	2.248.778,59 €
101	Kreisverwaltung Trier-Saarburg	3.689.933,17 €	409.992,57 €	4.099.925,74 €
102	Kreisverwaltung Vulkaneifel	1.612.666,58 €	179.185,18 €	1.791.851,75 €
103	Kreisverwaltung Westerwaldkreis	4.125.074,39 €	458.341,60 €	4.583.415,99 €
104	Land Rheinland-Pfalz	1.892.674,49 €	210.297,17 €	2.102.971,65 €
105	Landeskrankenhaus Anstalt des öffentlichen Rechts	118.642,06 €	13.182,45 €	131.824,51 €
106	Pfalzklinikum für Psychiatrie und Neurologie Anstalt des öffentlichen Rechts	57.664,85 €	6.407,21 €	64.072,05 €
107	Schulverband Bottenbach	39.630,87 €	4.403,43 €	44.034,30 €
108	Schulverband der Paul-Moor-Schule	52.880,32 €	5.875,59 €	58.755,91 €
109	Schulverband der Stadt und Verbandsgemeinde Trier Stadtverwaltung Trier	62.449,37 €	6.938,82 €	69.388,19 €
110	Schulzweckverband Enkenbach-Alsenborn	342.896,14 €	38.099,57 €	380.995,71 €
111	Schulzweckverband Integrierte Gesamtschule Landstuhl	299.835,42 €	33.315,05 €	333.150,46 €
112	Schulzweckverband Integrierte Gesamtschule Stromberg	327.806,49 €	36.422,94 €	364.229,43 €
113	Schulzweckverband Landkern	48.095,80 €	5.343,98 €	53.439,77 €
114	Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH	39.262,83 €	4.362,54 €	43.625,36 €
115	Stadtverwaltung Alzey	238.505,73 €	26.500,64 €	265.006,36 €
116	Stadtverwaltung Andernach	473.949,63 €	52.661,07 €	526.610,70 €
117	Stadtverwaltung Bad Dürkheim	264.151,06 €	29.350,12 €	293.501,18 €
118	Stadtverwaltung Bad Kreuznach	745.312,89 €	82.812,54 €	828.125,43 €
119	Stadtverwaltung Bad Neuenahr-Ahrweiler	472.461,91 €	52.495,77 €	524.957,68 €
120	Stadtverwaltung Bendorf	266.476,79 €	29.608,53 €	296.085,33 €
121	Stadtverwaltung Bingen am Rhein	494.810,44 €	54.978,94 €	549.789,38 €
122	Stadtverwaltung Bitburg	185.625,40 €	20.625,04 €	206.250,45 €
123	Stadtverwaltung Boppard	229.672,76 €	25.519,20 €	255.191,95 €
124	Stadtverwaltung Frankenthal (Pfalz)	3.111.757,28 €	345.750,81 €	3.457.508,09 €
125	Stadtverwaltung Germersheim	343.765,27 €	38.196,14 €	381.961,42 €
126	Stadtverwaltung Grünstadt	217.895,46 €	24.210,61 €	242.106,07 €
127	Stadtverwaltung Herdorf	80.851,39 €	8.983,49 €	89.834,88 €
128	Stadtverwaltung Höhr-Grenzhausen	129.432,72 €	14.381,41 €	143.814,13 €
129	Stadtverwaltung Idar-Oberstein	560.071,08 €	62.230,12 €	622.301,20 €
130	Stadtverwaltung Ingelheim am Rhein	554.299,93 €	61.588,88 €	615.888,81 €
131	Stadtverwaltung Kaiserslautern	5.999.096,31 €	666.566,26 €	6.665.662,57 €
132	Stadtverwaltung Kirn	153.237,85 €	17.026,43 €	170.264,28 €
133	Stadtverwaltung Koblenz	7.705.879,29 €	856.208,81 €	8.562.088,10 €
134	Stadtverwaltung Konz	294.815,90 €	32.757,32 €	327.573,23 €
135	Stadtverwaltung Lahnstein	255.435,58 €	28.381,73 €	283.817,31 €
136	Stadtverwaltung Landau/Pf.	3.153.212,79 €	350.356,98 €	3.503.569,77 €
137	Stadtverwaltung Ludwigshafen/Rh.	11.752.631,90 €	1.305.847,99 €	13.058.479,89 €
138	Stadtverwaltung Mainz	9.946.994,67 €	1.105.221,63 €	11.052.216,30 €
139	Stadtverwaltung Mayen	301.205,64 €	33.467,29 €	334.672,94 €
140	Stadtverwaltung Mülheim-Kärlich	196.549,12 €	21.838,79 €	218.387,91 €
141	Stadtverwaltung Neustadt/Ww.	2.964.658,63 €	329.406,51 €	3.294.065,14 €
142	Stadtverwaltung Neuwied	945.557,97 €	105.062,00 €	1.050.619,97 €
143	Stadtverwaltung Pirmasens	2.393.812,43 €	265.979,16 €	2.659.791,59 €
144	Stadtverwaltung Remagen	251.019,10 €	27.891,01 €	278.910,11 €
145	Stadtverwaltung Sankt Goar	36.318,50 €	4.035,39 €	40.353,89 €
146	Stadtverwaltung Schifferstadt	310.391,09 €	34.487,90 €	344.878,99 €
147	Stadtverwaltung Sinzig	427.192,95 €	47.465,88 €	474.658,83 €
148	Stadtverwaltung Speyer	2.999.724,40 €	333.302,71 €	3.333.027,11 €
149	Stadtverwaltung Trier	6.428.865,54 €	714.318,39 €	7.143.183,94 €
150	Stadtverwaltung Vallendar	77.539,03 €	8.615,45 €	86.154,47 €
151	Stadtverwaltung Weißenthurm	128.696,64 €	14.299,63 €	142.996,27 €
152	Stadtverwaltung Wittlich	310.524,15 €	34.502,68 €	345.026,83 €
153	Stadtverwaltung Worms	4.502.244,96 €	500.249,44 €	5.002.494,40 €